Drucksache Nr. 5

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Ruhrstatut

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag beauftragt die Bundesregierung, die Anerkennung oder die Unterzeichnung des Ruhrstatuts abzulehnen.

Begründung:

Das Ruhrstatut entzieht dem deutschen Volke und seinen gesetzgeberischen Körperschaften die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Rohstoffquellen und Grundindustrien Westdeutschlands. Es nimmt tiefgehende Eingriffe in die gesamte westdeutsche Wirtschafts-, Handels- und Preispolitik vor, die mit den Interessen der deutschen Bevölkerung in Widerspruch stehen. Es entzieht dem deutschen Volke in lebenswichtigen Fragen die Souveränitätsrechte, zu deren Preisgabe eine deutsche Regierung sich niemals entschließen darf.

Der Aufbau einer deutschen Friedensindustrie, die Förderung des deutschen Interzonen- und Außenhandels ist unmöglich ohne die Aufhebung des Ruhrstatuts.

Bonn, den 8. September 1949

Renner und Genossen